

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Sonntags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Augen-Genosse“.

Die Abdruckkosten der Redaktionsstelle über dem Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer, kleine Anzeigen: Das letzte Heft kostet 2.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4193, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Aussichten der Arbeiterpartei

Die Stellung Lloyd Georges ist erschüttert. Weder seine früheren liberalen Freunde noch die Konservativen haben besonderes Vertrauen zu ihm. Seinen Sieg bei den letzten allgemeinen Wahlen verdankt er ohnedies nur der Abstimmlung. Lloyd George wußte geschickt den chauvinistischen Lappen zu schwingen und hinter diesem Lappen zog „der Organisator des Krieges und des Sieges“ siegreich ins Parlament.

Aber die Stimmung von damals ist verflogen. Sie mußte nüchternen Erwägungen weichen. Weder innenpolitisch noch außenpolitisch hat das Kabinett Lloyd George besondere Erfolge aufzuweisen. Die irische Frage ist nur halb gelöst, wie der fortdauernde Bürgerkrieg in Irland beweist, die indische Frage aber und ebenso die ägyptische, sind von der Lösung weit entfernt. Man konnte Gandhi, den Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, einsperren, aber den Geist dieser Bewegung dadurch nicht töten. In Ägypten verfehlten die blauen Hohnen Lloyd Georges ebenso ihre Wirkung. Hinzu kommt, daß Lloyd Georges Haltung zu dem durch den Versailler Vertrag aufgeworfenen Problemen niemand befriedigt, sondern sowohl im Lager der Konservativen, als auch bei den sogenannten unabhängigen Liberalen, und vor allem bei der Arbeiterpartei auf heftige Opposition stieß. Allerdings, die Gründe dieser Opposition sind verschieden. Die Tories und der Asquithflügel bekämpfen Lloyd Georges Politik aus anderen Gründen wie die Arbeiterpartei. Klar und eindeutig allein ist die Stellungnahme der Arbeiter gegenüber Lloyd George, wie überhaupt die Politik der Arbeiterpartei in den letzten Jahren sich geradezu überraschend von allen ihr früher anhaftenden Unklarheiten freigemacht hat. Die Zeiten, wo sich innerhalb der Arbeiterpartei alle möglichen Tendenzen und Richtungen und Kompromißneigungen breit machen konnten, sind endgültig vorbei.

Wenn diese Klärung sich vollzogen hat, so ist es in der Hauptsache zurückzuführen auf die Erfahrungen der englischen Arbeiterklasse während des Krieges. Auch in England hatte die Arbeiterklasse den Worten ihrer kapitalistischen Regierung über Ursache, Zweck und Ziel des Krieges Glauben geschenkt. Aber sehr bald mußte sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sie ebenso mißbraucht worden war wie die Arbeiterklasse in den anderen am Krieg beteiligten Ländern. Der „Sieg“ war nicht ihr Sieg. Die großen Versprechungen, die die englische Regierung während des Krieges gemacht hatte, blieben entweder ganz unerfüllt oder wurden nur teilweise erfüllt. Es kam hinzu, daß die Auswirkungen des Krieges sehr schwer auf der englischen Arbeiterklasse lasteten. Der Steuern wurden mehr. Die Arbeitslosigkeit in England ist seit Jahr und Tag eine furchtbare. Zeitweise bezogen gegen zwei Millionen Arbeitslosenunterstützung. Hand in Hand mit dieser Arbeitslosigkeit gehen Vorkürzungen in allen Industriezweigen. Bekannt sind die schweren Kämpfe, die die englischen Bergarbeiter und die Metallarbeiter im Laufe dieses Jahres gegen Lohnherabsetzungen geführt haben. Und wenn beispielsweise die Bergarbeiter nach einem Ausstand von mehreren Monaten nicht nur zähneknirschend in einen Lohnabzug einwilligen, sondern auch auf die bisherige Ausgleichung der Löhne verzichten mußten (die Regierung hatte während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Krieg durch Zuschüsse aus einem Ausgleichsfonds an stark abgebaute Gruben den Bergarbeitern eine gewisse Lohnrate garantiert), so trägt daran der Vortritt des Kabinetts Lloyd Georges die Hauptschuld.

Verzagt hat die Regierung auch in der Wohnungsfrage, in sozialpolitischen Fragen, kurz, in allen Fragen, die die Lebensinteressen der Arbeiterklasse betreffen. Und immer wieder spielt die Regierung mit dem Gedanken, den Arbeitern bzw. der Arbeiterpartei die politische Betätigung zu erschweren, indem sie, analog einer früheren richterlichen Entscheidung den Gewerkschaften die Finanzierung der Wahlen der Arbeiterpartei unterlagern will.

Alle diese Momente haben aufrüttelnd gewirkt, und die politische Bewegung der englischen Arbeiter ungenügend gefördert. Hieron legte der Kongreß der Arbeiterpartei in Edinburgh Zeugnis ab, wo man nicht nur dem Kabinett Lloyd George und der sogenannten Koalition den Kampf anfangte, sondern auch dem unabhängigen Flügel der Liberalen um Asquith. Die englische Arbeiterpartei — das ist der hauptsächlichste Beschluß in Edinburgh, und hierin dokumentiert sich der steigende Einfluß der Unabhängigen Eng-

#### Wieder auf dem toten Gleis

(cca.) Paris, 11. Sept. Die Nachrichten, die über die Haltung der belgischen Regierung zu dem Ausgange der deutsch-belgischen Verhandlungen heute abend hier eingelaufen sind, sind widersprechender Natur. Die belgischen Delegierten Delacroix und Beemelmans, sowie der Finanzfachverständige Philippson sind heute vormittag aus Berlin kommend in Brüssel eingetroffen und noch im Verlaufe des Morgens eingehend von Thunias und Jasper gehört worden. Eine offizielle Mitteilung über diese Zusammenkunft wurde der Presse nicht gemacht.

Anschließend sind die Zeitungsvertreter auf mehr oder weniger sichere Privatinformationen angewiesen. Der Berichterstatter des „Temps“ glaubt, behaupten zu können, daß Thunias und Rader ihre Entscheidung vom Sonnabend aufrecht erhalten und die Verhandlungen als abgeschlossen und abgeschlossen betrachten. Dem gleichen Korrespondenten zufolge verläßt man in Brüssel, daß der am Sonnabend in Berlin veröffentlichte Bericht über das Ergebnis der deutsch-belgischen Verhandlungen nicht dem Gedankengang der belgischen Regierung entspricht. Dies Communiqué sei vielmehr ohne Kenntnis der belgischen Regierung auf Verlangen der Berliner Regierung veröffentlicht worden. Die Brüsseler Regierung ist der Meinung, daß die Verhandlungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission endgültig abgeschlossen seien.

Es sei wahrscheinlich, so meldet der „Temps“ weiter, daß die belgische Regierung die Reichsregierung auf diplomatischem Wege auffordern werde, die Schatzscheine für die Verfalltage vom 15. August und 15. September von je 50 Millionen Mark abzuliefern und die Golddepots, die zur Garantie dieser Schatzscheine dienen sollen, auszuführen. Wahrscheinlich wird man verlangen, daß diese Golddepots an die belgische Nationalbank in Brüssel zum 15. September ausgeführt werden. Eine endgültige Entscheidung sei aber noch nicht getroffen. Voraussetzlich wird morgen die Entscheidung der belgischen Regierung und ihre Antwort an das Deutsche Reich veröffentlicht werden. Erst wenn Deutschland diese Mitteilung angenommen oder sich geweigert haben sollte, die Golddepots auszuführen, die die belgische Regierung verlangt, wird diese die Reparationskommission von dem Vorfall unterrichten.

Gerade das Gegenteil dieser Ausführungen behauptet der gewöhnlich von belgischer Seite aus informierte Berichterstatter des „Antronschein“ zu haben. Er schreibt, es sei außerordentlich wahrscheinlich, daß Delacroix verlangen werde, daß die Reparationskommission aufzusammensetzen, um für den Mißerfolg der deutsch-belgischen Verhandlungen bekanntzugeben. Aus dem Bericht des gleichen Korrespondenten scheint hervorzugehen, daß man in Brüssel den Eindruck hat, daß die Verhandlungen durch das Einreisen von Stinnes gescheitert sind. Stinnes, so schreibt der Korrespondent, war wohl geneigt, persönlich seine Garantie zu geben, aber nur unter zwei Bedingungen.

Diese Bedingungen waren: 1. der Eintritt der Volkspartei in das Kabinett; 2. ein belgisch-deutsches Abkommen auf der Grundlage der Vereinbarungen mit Luberae. Man weiß jetzt, so fährt der Korrespondent fort, daß Stinnes annimmt den Platz Rathenau einzunehmen wünscht. Ferner glaubt der Berichterstatter des „Antronschein“ verlässern zu können, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, in die deutsch-belgischen Verhandlungen eingegriffen habe, und den Belagern durch die deutsche Regierung anbieten ließ, daß man die Schatzscheine in England diskontieren wolle, wenn diese für einige Monate profungiert würden. Der „Antronschein“ glaubt, es sei noch möglich, daß die deutsche Regierung im Verlaufe der nächsten 48 Stunden auf Veranlassung Englands neue Vorschläge machen werde.

#### Neue Verhandlungen in Paris

Staatssekretär a. D. Bergmann und der Vorsitzende der Kriegsschadenkommission, Fischer, haben, wie die „Dena“ erfährt, sich heute nach Paris begeben, um sich zur Verfügung der Reparationskommission zu halten. Man nimmt an, daß die Reparationskommission während der Woche die Entscheidung darüber fällen wird, ob die sechsmonatige Frist,

die für die Schatzwechsel vorgesehen ist, auf 1 1/2 Jahre verlängert werden kann, wie das Angebot der deutschen Regierung an die belgische Delegation es vorsah. Die Möglichkeit der Zustimmung der Reparationskommission zu diesem Angebot ist um so mehr gegeben, als im Falle der Ablehnung gemäß dem Beschluß der Reparationskommission die Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgen müßte. An dieser Beschlagnahme hat aber selbst die französische Regierung kein Interesse, da die Zahlungsfähigkeit der deutschen Republik durch eine Beschlagnahme nur noch in erhöhtem Maße herabgemindert würde, während Frankreich selber von diesem Gelde nichts erhalten würde. Da auch die belgische Regierung offenbar beabsichtigt ist, zu einer Verständigung zu kommen, und die Engländer ihre vermittelnde Haltung während der neuen Verhandlungen bewiesen haben, so würde die Zustimmung der Reparationskommission zu dem deutschen Vorschlag nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern auch im Gebiet der politischen Vernunft liegen. Erst nach der Lösung der belgischen Frage wird es möglich sein, das gesamte Problem der Reparationsfrage auf den Wunsch der französischen Regierung hin nochmals durchzusprechen. Von einer neutralen Seite, die während der Verhandlungen stets eine wohlwollende Haltung Deutschland gegenüber eingenommen hat, und die an den Verhandlungen nicht ganz unbeteiligt war, wird der „Dena“ mitgeteilt, daß die öffentliche Meinung der Welt von der deutschen Regierung jetzt wohl Aktivität und Initiative erwartet, und zwar in der Richtung der Organisation einer Garantieleistung der deutschen Industrie. In welcher Form dies zu geschehen hat, müssen natürlich die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der belgischen Regierung überlassen bleiben, aber der Wille zu diesen Maßnahmen muß jetzt durch die Tat so schnell wie möglich bekundet werden, da die Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands in erheblichem Maße von den kommenden politischen Entscheidungen abhängt. So muß die Industrie selber ein lebhaftes Interesse an der Lösung der Frage haben, zu der sie am besten durch eigene Mitarbeit beitragen könne.

Die für die Schatzwechsel vorgesehen ist, auf 1 1/2 Jahre verlängert werden kann, wie das Angebot der deutschen Regierung an die belgische Delegation es vorsah. Die Möglichkeit der Zustimmung der Reparationskommission zu diesem Angebot ist um so mehr gegeben, als im Falle der Ablehnung gemäß dem Beschluß der Reparationskommission die Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgen müßte. An dieser Beschlagnahme hat aber selbst die französische Regierung kein Interesse, da die Zahlungsfähigkeit der deutschen Republik durch eine Beschlagnahme nur noch in erhöhtem Maße herabgemindert würde, während Frankreich selber von diesem Gelde nichts erhalten würde. Da auch die belgische Regierung offenbar beabsichtigt ist, zu einer Verständigung zu kommen, und die Engländer ihre vermittelnde Haltung während der neuen Verhandlungen bewiesen haben, so würde die Zustimmung der Reparationskommission zu dem deutschen Vorschlag nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern auch im Gebiet der politischen Vernunft liegen. Erst nach der Lösung der belgischen Frage wird es möglich sein, das gesamte Problem der Reparationsfrage auf den Wunsch der französischen Regierung hin nochmals durchzusprechen. Von einer neutralen Seite, die während der Verhandlungen stets eine wohlwollende Haltung Deutschland gegenüber eingenommen hat, und die an den Verhandlungen nicht ganz unbeteiligt war, wird der „Dena“ mitgeteilt, daß die öffentliche Meinung der Welt von der deutschen Regierung jetzt wohl Aktivität und Initiative erwartet, und zwar in der Richtung der Organisation einer Garantieleistung der deutschen Industrie. In welcher Form dies zu geschehen hat, müssen natürlich die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der belgischen Regierung überlassen bleiben, aber der Wille zu diesen Maßnahmen muß jetzt durch die Tat so schnell wie möglich bekundet werden, da die Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands in erheblichem Maße von den kommenden politischen Entscheidungen abhängt. So muß die Industrie selber ein lebhaftes Interesse an der Lösung der Frage haben, zu der sie am besten durch eigene Mitarbeit beitragen könne.

die für die Schatzwechsel vorgesehen ist, auf 1 1/2 Jahre verlängert werden kann, wie das Angebot der deutschen Regierung an die belgische Delegation es vorsah. Die Möglichkeit der Zustimmung der Reparationskommission zu diesem Angebot ist um so mehr gegeben, als im Falle der Ablehnung gemäß dem Beschluß der Reparationskommission die Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgen müßte. An dieser Beschlagnahme hat aber selbst die französische Regierung kein Interesse, da die Zahlungsfähigkeit der deutschen Republik durch eine Beschlagnahme nur noch in erhöhtem Maße herabgemindert würde, während Frankreich selber von diesem Gelde nichts erhalten würde. Da auch die belgische Regierung offenbar beabsichtigt ist, zu einer Verständigung zu kommen, und die Engländer ihre vermittelnde Haltung während der neuen Verhandlungen bewiesen haben, so würde die Zustimmung der Reparationskommission zu dem deutschen Vorschlag nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern auch im Gebiet der politischen Vernunft liegen. Erst nach der Lösung der belgischen Frage wird es möglich sein, das gesamte Problem der Reparationsfrage auf den Wunsch der französischen Regierung hin nochmals durchzusprechen. Von einer neutralen Seite, die während der Verhandlungen stets eine wohlwollende Haltung Deutschland gegenüber eingenommen hat, und die an den Verhandlungen nicht ganz unbeteiligt war, wird der „Dena“ mitgeteilt, daß die öffentliche Meinung der Welt von der deutschen Regierung jetzt wohl Aktivität und Initiative erwartet, und zwar in der Richtung der Organisation einer Garantieleistung der deutschen Industrie. In welcher Form dies zu geschehen hat, müssen natürlich die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der belgischen Regierung überlassen bleiben, aber der Wille zu diesen Maßnahmen muß jetzt durch die Tat so schnell wie möglich bekundet werden, da die Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands in erheblichem Maße von den kommenden politischen Entscheidungen abhängt. So muß die Industrie selber ein lebhaftes Interesse an der Lösung der Frage haben, zu der sie am besten durch eigene Mitarbeit beitragen könne.

#### Lloyd George für ein türkisches Thrazien

(D.N.) London, 11. September. Hier hat der Fall von Smyrna große Erregung hervorgerufen. Eine Kabinettsitzung, die heute mittag zusammengetreten war, hat sich nur mit der Orientfrage beschäftigt. Es heißt, daß Lloyd George geneigt ist, den Türken nicht nur Kleinasien, sondern auch Thrazien ganz zurückzugeben, wenn die kemalistische Regierung die Freiheit der Meerengen weiter garantiert. Es verlautet weiter, daß eine Zusammenkunft der asiatischen Außenminister zur Lösung der Orientfrage vorbereitet werden soll.

#### Die Gemeindevahlen in Thüringen

Am Sonntag haben in Thüringen Gemeindevahlen stattgefunden. Die bisher bekannt gewordenen Resultate sind höchst unvollkommen und lassen einen Schluß auf das Endergebnis nicht zu. Nicht einmal über die Wahlbeteiligung war bis gestern abend Uebereinstimmendes zu erfahren. Durchweg wird angenommen, daß eine weitestgehende Verstärkung der Parteistärken nicht stattfand. Die USP. und SPD. gingen in einer ganzen Reihe von Kreisen gemeinsam vor. Sie haben durchweg ihren Stand gehalten. Aus den neun kreisfreien Städten liegen folgende Ergebnisse vor: Gera 27 Sozialisten, 26 Bürgerliche, Altenburg 23 Sozialisten, 18 Bürgerliche, Weimar 15 Sozialisten, 24 Bürgerliche, Apolda 11 Sozialisten, 18 Bürgerliche, Jena 21:26, Arnstadt 15:16, Eisenach 14:25, Gotha 16:27.

Von dem übrigen Wahlausgang waren bis Schluß der Redaktion nur Teilergebnisse zu erfahren. Die Bürgerlichen waren ebenso wie die USP. und SPD. vielfach vereintigt in den Wahlkampf gezogen.

geflügelte, eine sehr starke Fraktion im Parlament. Aber alle Wahlkreisgeometrie wird den Vortritt der Arbeiterpartei nicht aufhalten. Bereits rechnen liberale und konservative Politiker mit der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, daß die Arbeiterpartei bei den nicht mehr aufzuschiebenden allgemeinen Wahlen als stärkste Partei in das englische Unterhaus einzuziehen und mit der Bildung der Regierung betraut werden wird. In der Arbeiterpartei selbst hat man diese Möglichkeit ebenfalls ins Auge gefaßt. Angesichts des antiliberistischen und antikapitalistischen Charakters der Arbeiterpartei würde die Übernahme der Regierung durch sie innen- und außenpolitisch von den weittragendsten Folgen sein. Eine unverzügliche und gründliche Revision des Versailler Friedensvertrages wäre unausbleiblich. Ist es doch die englische Arbeiterpartei die stets die Tragödie von Versailles bekämpft hat.







Die Münzstraße

Be einem Schaufenster steht Volk! Zwei höhere Schüler, ein hintergekommenen Arbeitsloser, drei zweifelhafte, Gefaltete anscheinend Stammgäste aus dem nahen „Café Dalkes“.

An der Vordschwelle stehen und gehen in größeren Abständen Männer. Kleine, Große, Dicke, Schlanke. Zumteil sonnmäßiges Neuzere, Dunkelbraune Halbhuhe allerneuester Form.

Ein Wagen der haubtfreien Müllabfuhr. Die Autoscher haben mit Mühe den Kasten auf das Brett geschwungen und ziehen nun ein undefinierbar langes Etwas aus dem Kasten, bevor der ganze Inhalt dem Wagen überliefert wird.

Unerschämtes Arbeitervolk.

Za - ta - ta - ta! Ein Luxusauto, lang gebaut, grün lackiert, blühte sich durch Straßenbahnwagen, Droschken, Geschäftsfurwerke, Handwagen und Menschen hindurch.

Vorderbene Jugend - Großstadtjumpf - Unerschämtes Arbeitervolk - Ruhe- und Ordnungsliebende Bürger.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(I. Fortsetzung.)

Die dummen Formalitäten, die das Amt mit sich brachte. — Hinanflaufen zum Kreisamt, zum Schulinspektor, zum Direktor — Vorlage des Dekrets, Schwur auf die Verfassung — Fragen und Antworten und An-einander-vorbeireden.

Er hat ein Amt. Wie ihm das komisch vorkam! In mußte er sich gleich entsprechend verhalten, etwas wistellen. Nun lief ihm das auf Schritt und Tritt zu, hing ihm an wie eine Kette. Nun war's vorbei mit Leichtgläubigkeit und Sorglosigkeit.

denen durch irgendwelche Eingriffe das Wasser, das frische, kühle Wasser entzogen würde??

Und wenn das unerschämte Arbeitervolk aufbegehrt, weil das frische, kühle Wasser von der Masse abgelenkt wird, vielleicht, um in irgendeinem kleinen versteckten Winkelchen so ein ganz bescheidenes Sämpfchen für ganz private Zwecke der tagsüber Ruhe und Ordnung Liebenden anzulegen, dann Entrüstung ob dieses egoistischen, neidhaften, das Volksganze schädigenden Verlangens.

Die Münzstraße wird Inhalt und Ausdruck nicht dadurch ändern, daß ab und zu mal „Staub gewischt“ wird! Inhalt und Ausdruck auch der übrigen „Straßen“ muß geändert werden.

Solange dies nicht geschehen kann, bleibt die Welt eine — Münzstraße!

Steuerkrieg

Einen regelrechten Steuerkrieg mit Sipomobilmachung, Lastautos, Kassenaushebung und anderen schönen Dingen erleben wir augenblicklich in Berlin.

Die weltliche Schule in Moabit

Wir konnten erst kürzlich darüber berichten, daß im Verwaltungsbezirk Wedding am 1. Oktober eine ganze Reihe von weltlichen Schulen eröffnet werden.

Es hat der Moabiter Arbeiterschaft viele Mühe und Kämpfe gekostet, dieses Ziel zu erreichen. Groß sind die Anfeindungen der bürgerlichen Geaner, um die Arbeiterkinder davon abzuhalten, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken.

Nähen wir Arbeiterkinder heute noch darauf aufmerksam machen, was sie der Erziehung ihrer Kinder schuldig sind? Wir denken, es erübrigt sich, in einem Arbeiterblatt zum launelivierten Male auf die Beweggründe hinzuweisen die die Schaffung von weltlichen Schulen veranlassen.

Und was hatte er noch zu lernen? Was er bis jetzt gelernt hatte, war ja verloren. Bei zwei mal zwei ist vier und Dingwort, Tätigkeitswort und Eigenschaftswort war nichts davon anzuwenden.

Und all diese Leute hier. Seine Gedanken waren drüben überm Rhein. Wie hatte man da doch andere Interessen, eine andere geistige Beweglichkeit. Hier alles plump, schwerfällig, beengt und versimpelt.

Die anderen Lehrer lachten darüber am Viertisch. Da war der kleine Meyer. „Was willst du,“ sagte er, „willst du, daß wir noch mehr arbeiten sollen? Ich hab' gerad' genug, danke!“

„Sie irren sich,“ belehrte der kahlköpfige Georg Standhalter, der vor dem Oberlehrerexamen stand, „Sie beurteilen schon den Beruf, den Sie noch gar nicht kennen. Lernen Sie ihn erst einmal kennen, bitte!“

„So war es ja nicht gemeint, Herr Standhalter,“ entschuldigte sich der Philipp.

„Sie dürfen schon Herr Kollege sagen,“ ließ sich Herr Standhalter zu ihm herab.

„Das werde ich nicht wagen — ich bin ja noch gar kein Lehren, wie Sie mir deutlich klar gemacht haben.“

Der eifrige Lehren machte eine verbindliche Handbewegung. Der herzleidende Heinrich Schmerzlich, der immer auf Freiersfühen ging und sich ungemein wichtig in der Welt vorkam, benützte nun die Gelegenheit, seine pädagogischen Erfahrungen auszukramen.

„Frage — — Finger — Antwort. Eine wahre Lust. Wenn der Schulinspektor kommt, wird er gucken. Ich muß mindestens gut in der Rechenprüfung kriegen, wenn nicht sehr gut.“

„Frage — — Finger — Antwort. Eine wahre Lust. Wenn der Schulinspektor kommt, wird er gucken. Ich muß mindestens gut in der Rechenprüfung kriegen, wenn nicht sehr gut.“

aufgeklärten rechnen, im Kreise ihrer Familie und bei Nachbarnleuten ein dankbares Betätigungsfeld. Unermüdet muß darauf hingewiesen werden, daß die Schaffung der weltlichen Schule das Ergebnis schwerer Kämpfe ist, und daß es eigentlich Ehrensache der Arbeiterschaft sein sollte, solche Einrichtungen zu halten und zu fördern.

Die von den bürgerlichen Geanern ausgehenden Lügen und Verleumdungen bedürfen ja kaum noch irgendeiner Widerlegung. Mit Vorbedacht trennen sie das Gerücht aus, daß die Schulen den am Religionsunterricht teilnehmenden Kindern genommen werden sollen, um sie der „religionslosen“ weltlichen Schule preiszugeben.

Arbeiterkinder, noch ist es Zeit! Das neue Schulquartal steht bevor. Verkümmert es nicht, eure Kinder vom Religionsunterricht abzumelden. Meldet sie an zum Unterricht in der weltlichen Schule und tretet der freien Schulgemeinde bei.

Der Kampf mit dem Wucher

Der Wiederbeschaffungspreis verboten

Anfragen bei der Preisprüfungsstelle Berlin lassen erkennen, daß immer noch die Meinung verbreitet ist, es dürfe gemäß dem Beschlusse des Hauptausschusses der Preisprüfungsstelle verfahren werden, monach der Wiederbeschaffungspreis bei der Preisfestsetzung in Rechnung gestellt werden kann.

Der Leutnant als Pferdedieb

Leutnant Eberh. Wagener-Hohenlohe hatte sich gestern wegen Diebstahls vor der Ferienstrafkammer des Landger. II zu verantworten. Er ist beschuldigt, in Gemeinschaft mit einem Leutnant Weise von der Reichswehr eine Reihe von Pferden, der Minenwerferkompanie 15 an sich gebracht zu haben.

Fräulein „Spinne“ aus Kotibus

Ein unliebsames Abenteuer erlebte ein Provinzler, der auf einem Spaziergange ein junges Mädchen kennen gelernt hatte. Die Kleine hatte gegen eine Begeleituna nichts einzuwenden, schlug aber eine Einladung mit ihm ein Lokal aufzusuchen, ab. Dagegen war sie gern bereit, sich mit ihm auf einer Bank am dem Dönhofsplatz ein Weichen niederzulassen.

(Fortsetzung folgt.)

